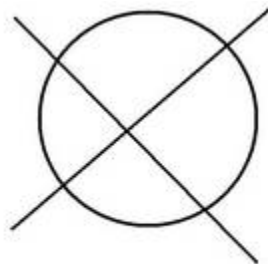


Wahlprogramm der Partei

DIE LINKE.
Stadtverband Jülich

zur Kommunalwahl 2009



-2-
Wahlprogramm

Wahlprogramm für die Kommunalwahlen 2009:

Präambel:

„Entfremdet und entwürdigt ist nicht nur der, der kein Brot hat, sondern auch der, der keinen Anteil an den großen Gütern der Menschen hat.“ (Rosa Luxemburg)

SOZIALE GERECHTIGKEIT BEGINNT IN DEN KOMMUNEN

In den Kommunen zeigen sich die negativen Auswirkungen einer Politik der sozialen Kälte, wie sie in den letzten Jahren sowohl von Rot- Grün als auch von der großen Koalition praktiziert wurde, wie in einem Brennglas. Die Folgen der neoliberalen Wirtschaftspolitik sind inzwischen überall deutlich sichtbar geworden:

- Durch Einleitung einer negativen Lohnspirale für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei gleichzeitig stetig steigendem Druck auf Arbeitsuchende Bürgerinnen und Bürger
- Durch eine Zunahme der Verarmung älterer Bürgerinnen und Bürger bei gleichzeitiger Forderung nach einer Rente erst ab 67
- Durch erschreckend um sich greifende Kinderarmut
- Durch konstanten Abbau von sozialen Sicherungssystemen
- Durch den Abbau von sozialen Einrichtungen in den Städten und gemeinden
- Durch Finanznot der Kommunen bei gleichzeitigen Steuergeschenken an die Wirtschaft und die Besserverdienenden
- Durch immer höhere Kosten für die Bürgerinnen und Bürger (steigende Energiekosten, Kosten für KiTa's, Kosten für kulturellen Zugang)

Die Gründung der Partei *DIE LINKE* ist die Antwort auf eine Politik der Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben, wie sie ihren drastischen Ausdruck in der Agenda 2010 und Hartz IV gefunden hat.

DIE LINKE ist die Partei aller, die sozial verantwortlich denken und handeln: Wir wollen die Möglichkeiten der Kommunalpolitik nutzen, um gemeinsam mit allen interessierten Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Jülich, mit allen sozialen Bewegungen, den Vereinen und Verbänden vor Ort erfahrbare Verbesserungen für die Menschen unserer Stadt durchsetzen. Wir treten für eine demokratische Politik ein, in der die Interessen der Menschen vor wirtschaftliche Interessen gestellt werden. *DIE LINKE* steht für die Ausweitung der Bürgerbeteiligung an der Stadtpolitik und lehnt jede Form von Privatisierung öffentlicher Daseinsfürsorge rigoros ab.

<p>Eine andere Politik ist möglich und nötig!</p>
--

KOMMUNALPOLITIK IST GESELLSCHAFTSPOLITIK

Kommunen sind das unmittelbare Lebensumfeld der Menschen. In der Kommune werden neben der Arbeit auch soziale Kontakte gepflegt. Hier möchten die Bürgerinnen und Bürger ein Umfeld haben, das eine gute Lebensqualität gewährleistet. Dieser vielschichtige Bereich umfasst zum Beispiel gute Möglichkeiten zur gastronomischen Nutzung, zum Einkaufen, zum Sporttreiben oder zum Gestalten einer angeregten Vereinslebens. Kommunen müssen deshalb stadtplanerisch und architektonisch kommunikativ gestaltet sein: mit Plätzen zum entspannten Bummeln und Einkaufen, mit Einrichtungen zum Begegnen, zum kulturellen Leben und natürlich zum gemeinsamen Feiern.

Kommunen müssen aber auch Sicherheit bieten bei Situationen wie Armut, Einsamkeit, Krankheit und Alter. In der Kommune hofft man auf solidarische Hilfe und Unterstützung in der Not, auf nachbarschaftliche Anteilnahme und gemeinschaftliche Aktivität.

Deshalb gibt es in den Städten und Gemeinden Menschen, die selbst Einfluss auf die Politik vor Ort nehmen wollen. **DIE LINKE** wird sich in Jülich dafür einsetzen, dass künftig dem solidarischen Miteinander der Bürgerinnen und Bürger wieder eine gewichtige Bedeutung beigemessen wird. **DIE LINKE** wird sich in Jülich auch dafür einsetzen, dass die Möglichkeit der direkten Bürgerbeteiligung und Mitgestaltung an den Entscheidungen der Stadt massiv ausgeweitet wird. So wird **DIE LINKE** sich auch dafür einsetzen, dass in Jülich das Konzept eines Bürgerhaushaltes den Bürgerinnen und Bürgern vorgestellt und in naher Zukunft auch umgesetzt wird.

LINKE Kommunalpolitik steht für kommunale Daseinsvorsorge mit dem eindeutigen Ziel der sozialen Gerechtigkeit, der Chancengleichheit und der sozialen Sicherheit.

DIE LINKE wird bei der Kommunalwahl 2009 erstmals zur Wahl für den Stadtrat in Jülich antreten. Sie wird ihre Schwerpunkte setzen in der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Kinderarmut. Sie will bessere Bildung für Alle und soziale Gerechtigkeit. Sie will die Möglichkeiten der Kommunalpolitik nutzen, um für ihre gesellschaftspolitischen Ziele zu werben und gleichwohl erfahrbare Verbesserungen für die Menschen in der Stadt und im Kreis Düren durchzusetzen.

DIE LINKE lehnt jede Form von Privatisierung öffentlichen Eigentums ab und wird überall dort sich für eine Rekommunalisierung einsetzen, wo das möglich bzw. erforderlich ist.

Einrichtungen der Daseinsfürsorge gehören in öffentliche Hand!

DIE LINKE Jülich fordert, dass § 107 der Gemeindeordnung zurückgenommen wird.

DIE LINKE Jülich lehnt PUBLIK PRIVATE PARTNERSHIP (PPP) grundsätzlich ab!

<p style="text-align: center;"><i>DIE LINKE Jülich</i> lädt alle Bürgerinnen und Bürger Zum Dialog über ihr Programm ein.</p>
--

1. KOMUNALE WIRTSCHAFTSPOLITIK:

Jülich hat sich als innovativer Technologiestandort weltweit einen guten Namen gemacht. Sowohl das Forschungszentrum als auch die Außenstelle der RWTH Aachen leisten als anerkannte Technologieschmieden und Ausbildungszentren exzellente Arbeit.

Jülich besitzt auch eine lange Tradition in der Papier- und Kartonagefertigung und verfügt über eine hochmoderne Zuckerfabrik. Trotz innovativer Firmen ist aber auch hier die Langzeitarbeitslosigkeit, der Mangel an Ausbildungsplätzen, die Ausweitung des Niedriglohn- und Leiharbeitssektors, die folgen der Hartz- Gesetze – insbesondere die erschreckende Zunahme der Kinde- und Altersarmut- sowie der rasante Anstieg von sozialen Problemen nicht zu übersehen.

DIE LINKE Jülich wird die Ansiedlung von Betrieben unterstützen, wenn sie:

- Arbeitsplätze schaffen
- Tariflich gebunden sind und einen Mindestlohn von 8,50 Euro in der Stunde für ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zahlen
- Nach ökologischen Standards produzieren
- Ausbilden
- Steuereinnahmen bringen
- Mit der Stadt kooperieren

Unser Ziel sind Arbeitsplätze an, von denen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ihren Lebensunterhalt angemessen bestreiten können und die ihnen eine Teilnahme gesellschaftlichen Leben ermöglichen. Deshalb ist eine Tarifbindung aller Jülicher Unternehmen dringend erforderlich und alle Arbeitsplätze in der Stadt sollten möglichst über der Mindestlohnforderung der Partei **DIE LINKE** von 8,50 Euro entlohnt werden. Niedriglöhne, ungesicherte Beschäftigungsverhältnisse und 1- Euro- Zwangsdienste lehnen wir rigoros ab. Außerdem fordern wir, dass Qualifizierungen am so genannten 2. Arbeitsmarkt auch an tarifliche Standards geknüpft werden. Sinnvolle Maßnahmen zur Wiedereingliederung von Langzeitarbeitslosen wollen wir fördern und zusammen mit der Job- Com planen. Dabei soll künftig bei der Umsetzung der Schwerpunkt auf Fördern statt wie bisher auf Fordern gelegt werden. Die Unternehmen vor Ort sollen entsprechend, zum Beispiel durch Ausbildungsverbände, in die Verantwortung genommen werden. Wer für Arbeitsplatzabbau und Arbeitslosigkeit verantwortlich ist, darf sich nicht bei der Qualifizierung und Arbeitsplatzbeschaffung verweigern und sowohl diese Aufgabe als auch deren Finanzierung der Allgemeinheit und dem Steuerzahler überlassen, sondern muss aktiv in die Pflicht genommen werden.

Wir werden als ersten Schritt unserer kommunalpolitischen Arbeit im Rat der Stadt einen Antrag einbringen, der die eindeutige Forderung enthalten wird, dass sich die Stadt Jülich tariftreu verhalten wird und künftig keine Aufträge mehr an Firmen und andere Auftragnehmer vergibt, die nicht an Tarifverträge gebunden sind und die mit Leiharbeit, Niedriglohn oder nicht sozialversicherten Arbeitsverhältnissen arbeiten.

2. BILDUNGSPOLITIK

Nicht erst die Pisa- Studie hat belegt, dass das deutsche Bildungssystem zu früh auf ihren Bildungswegen trennt, unzureichend ausgestattet ist und eine soziale Auslese bewirkt. In keinem anderen westeuropäischen Land haben Kinder aus einfachen Verhältnissen so geringe Chancen, ein Abitur zu erreichen oder zu studieren. Die Studiengebühren in NRW bekräftigen diesen Trend. Während den Bürgerinnen und Bürgern erklärt wird, dass für die teilweise maroden Schulen keine finanziellen Mittel zur Verfügung ständen gibt die Bundesrepublik dreistellige Milliardenbeträge für die Rettung von durch Eigenverschuldung maroden Banken und Versicherungen aus.

Bildungspolitik ist Ländersache, aber die Ausstattung und Gestaltung der Bildungseinrichtungen liegt in der Obhut der Kommunen. Hier legt **DIE LINKE** Jülich einen weiteren Schwerpunkt ihrer Aktivitäten.

Kindertageseinrichtungen

Bildung beginnt nicht erst in der Schule. Die Kindertagesstätten sind die erste Bildungseinrichtung, in der Kinder unterschiedlicher Herkunft soziale Integration und spielerische Lernanreize erfahren. Deshalb müssen die Kommunen ausreichende Plätze in Krippen, KiTas und Horten schaffen. Der kostenfreie Besuch der KiTas und die kostenfreie Verpflegung sind für alle Kinder zu ermöglichen. KiTas müssen personell qualitativ und quantitativ besser ausgestattet werden. Ein weiteres Absenken durch die Düsseldorfer Landesregierung muss durch die kommunalen Spitzenverbände zusammen mit den Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden und den Kirchen als Träger der KiTas verhindert werden.

Schule

DIE LINKE fordert eine klare **Abkehr vom gegliederten Schulsystem** aus Haupt-, Realschule, Gymnasium und Förderschule, dass nachweislich insbesondere Kinder aus weniger begüterten Familien von höheren Bildungsabschlüssen fernhält. Wir fordern eine integrierte Gemeinschaftsschule nach skandinavischem Vorbild, in der alle Kinder gefördert und nicht aussortiert werden. Außerdem werden wir uns dafür einsetzen, dass die Klassenstärken künftig so gestaltet werden, dass den individuellen Stärken und Schwächen jeder Schülerin und jedes Schülers unter Einbeziehung didaktischer Aspekte wesentlich besser Rechnung getragen werden kann.

DIE LINKE fordert: EINE SCHULE FÜR ALLE!

DIE LINKE wird sich im Jülicher Stadtrat und den Schulverbänden Jülichs vorrangig dafür einsetzen, dass Gemeinschaftsschulen errichtet werden, damit diese Schulart der Zukunft auch von allen Kindern in Jülich besucht werden kann. Diese sollten gut ausgestattet Ganztagschulen sein, die für alle Kinder eine kostenlose Mittagsmahlzeit anbieten. Es müssen ausreichende Beratungsmöglichkeiten und Spielräume zur Verfügung gestellt werden, um in problematischen Situationen individuelle Lösungen zu finden.

Kommunalwahlprogramm

Die Schulen müssen mit entsprechendem pädagogischem und sozialpädagogischem Personal ausgestattet sein.

DIE LINKE wird sich auch dafür einsetzen, dass die Betreuung von Kindern in Kindertagesstätten und Schulen durch das Gesundheitsamt verbessert wird. So halten wir es für dringend erforderlich, dass wieder Vorsorgeuntersuchungen und regelmäßige Untersuchungen der Zähne sowie die Kontrolle von sanitären Einrichtungen auf Funktion, Sauberkeit und Hygiene durch das Gesundheitsamt ausgeweitet werden.

3. WEITERBILDUNG, KULTUR, SPORT und KINDER- und JUGENDPOLITIK

Zu einer guten Bildung gehört für uns auch das lebenslange selbstbestimmte Lernen. Deshalb setzt sich **DIE LINKE** für einen kostenfreien Zugang zu den Büchereien von Stadt und Kreis ein.

Die Volkshochschule bietet politische, gesellschaftliche und gesundheitspräventive Kurse für Jedermann. Das Angebot muss breit gefächert und für jeden finanzierbar bleiben.

Die Stadt Jülich hat als Kommune auch kulturelle Aufgaben zu erfüllen. Dies muss im Sinne der Teilhabe Aller an der vorhandenen und neu zu schaffenden Kultur erfolgen.

DIE LINKE wird die kulturpolitische Arbeit als wichtige Komponente ihrer Kommunalpolitik betrachten. Sie fordert deshalb die Erhaltung und den Ausbau aller kommunalen Einrichtungen, deren Existenz das Lebensumfeld aller Menschen human zu gestalten bestimmt sind, darunter:

- Das Frei- und das Hallenbad, Sportvereine, Erholungs- und Wandergebiete. So lehnen wir eine zum Beispiel eine Verkleinerung des Brückenkopfparkezoos zu Gunsten einer Golfanlage ab.
- Bibliotheken, Konzerte, Tanz- und Karnevalsveranstaltungen.
- Die Volkshochschule, die Musikschule, Theater- und Tanzgruppen, Vereine sowohl zur Freizeitgestaltung als auch zur Traditionspflege.

Wir wollen Vereins- und Gruppensport fördern, denn er bietet allen gesellschaftlichen Gruppen die Möglichkeit der Freizeitgestaltung und der gesundheitlichen Förderung. Kommunale Einrichtungen des Breitensportes dürfen nicht privatisiert werden.

In der Kinder- und Jugendpolitik haben die Kommunen viele Zuständigkeiten. Sie reichen von der Ausstattung mit Krippen-, Kindertagesstätten- und Hortplätzen bis zu Jugendzentren. Hier will **DIE LINKE** partnerschaftlich die Kinder und Jugendlichen an den kommunalen Entscheidungen und Planungen beteiligen und gemeinsam mit ihnen die nötigen Maßnahmen entwickeln und fördern.

Kinder und Jugendliche brauchen einen eigenständigen Erlebnis- und Erfahrungsbereich neben der Familie mit Kindern und Jugendlichen in offener Jugendarbeit, in Jugendverbänden, in Jugendfreizeitstätten und im zu fördernden Nachmittagsprogramm in den Schulen. Einen Schwerpunkt wollen wir dabei auf die Förderung einer betreuten Integrationspolitik von

7-
Wahlprogramm

Kindern und Jugendliche mit Migrationshintergrund, zum Beispiel im Nordviertel, legen. Die bestehenden Spannungen zwischen Jugendlichen und Anwohnern können nicht durch Repressalien beigelegt werden, sondern die Stadt muss speziell auf diese Kinder und Jugendlichen zugeschnittene Freizeit- und Betätigungsmöglichkeiten erstellen und anbieten.

DIE LINKE vertritt die Ansicht, dass die Interessen von Kindern und Jugendlichen bei der Wirtschafts-, der Sozial- und der Arbeitsmarktpolitik, bei der Bau und Verkehrsplanung usw. immer berücksichtigt werden müssen.

DIE LINKE vertritt auch die Ansicht, dass eine gute finanzielle Ausstattung der Kinder- und Jugendhilfe eine Grundvoraussetzung für eine funktionale Kinder- und Jugendpolitik darstellt.

Träger und Angebote mit rassistischen, neonazistischen und fremdenfeindlichen Tendenzen sind nicht zuzulassen!

Insbesondere in den Bereichen Drogengefährdung, Medienangebote und Gewalt sehen wir einen großen Bedarf an Jugendschutz. Jugendschutzarbeit ist ganz überwiegend Präventionsarbeit, die die Kinder- und Jugendlichen altersgemäß begleitet.

4. KINDERARMUT

Auch in Jülich wird von uns der Kampf gegen die zunehmende Kinderarmut, vielfach hervorgerufen durch die Hartzgesetze, geführt werden.

Wir werden uns dafür einsetzen, dass in möglichst kurzen Intervallen regelmäßige Armutsberichte für die Stadt Jülich erstellt und im Rat auch ausgewertet werden.

Das inzwischen nach statistischen Angaben jedes 10. Kind in der reichen Bundesrepublik in Armut lebt, ist eine Schande für die herrschende Politik des Neoliberalismus.

Diese Kinder haben durchschnittlich nur 2,53 € pro Tag für Lebensmittel zur Verfügung. Eine Teilhabe am kulturellen Leben wie ihre AltersgenossInnen ist ihnen kaum möglich. Sie werden in ihren Altersgruppen ausgegrenzt und stigmatisiert. Dadurch fällt es ihnen schwerer, Selbstbewusstsein zu entwickeln - sie bekommen Probleme in der Schule und geraten in das Räderwerk der sozialen Ausgrenzung.

Als *LINKE* wissen wir, dass Kinderarmut kein isoliert zu betrachtendes Phänomen ist. Die Kinderarmut ist in der gesamten Ungerechtigkeit unserer Gesellschaft begründet.

Kinderarmut ist eine Folge von Elternarmut!

- *DIE LINKE* fordert kostenfreien Zutritt bedürftiger Kinder zu Einrichtungen des kulturellen und sozialen Lebens
- *DIE LINKE* steht für den Erlass der KiTa-Gebühren
- *DIE LINKE* fordert Kostenfreiheit bei Schulbussen, Schulessen usw.

***DIE LINKE* wird als einer ihrer ersten Schritte im Rat der Stadt Jülich den in dieser Legislatur vom Stadtrat mehrheitlich abgelehnten Antrag auf Lehrmittelfreiheit für bedürftige Kinder und Jugendliche wieder einbringen!**

5. SOZIALPOLITIK Solange das von den LINKEN generell abgelehnte HARTZ IV-System existiert, muss von Seiten des Kreises Düren als Optionskommune sowie der Stadt Jülich darauf geachtet werden, dass eine wirkliche Beratung und Förderung der Arbeitssuchenden stattfindet und dass die

vorgesehenen Relationen zwischen Fallmanagern und Hilfesuchenden auch zutreffen, also nicht nur eine Verwaltung der Arbeitslosen sondern eine wirkliche Hilfe gewährleistet wird. Diskriminierende und hinhaltende Behandlung wird nicht akzeptiert.

***DIE LINKE* Jülich wird sich in ihren regelmäßigen Bürgersprechstunden auch dieser Problematik widmen und Betroffenen eine wirksame Unterstützung auch beim Umgang mit der Job- Com, anbieten.**

DIE LINKE lehnt den Einsatz von „1- Euro- Kräften“ durch die Kommunen ab. Der zwang zur Arbeit ist kein geeignetes mittel zur Wiedereingliederung Arbeitssuchender, sondern zerstört nachweislich oft reguläre sozialversicherungspflichtige Arbeitsverhältnisse. Beim Einsatz von Mitteln für beschäftigte im so genannten 2. Arbeitsmarkt ist grundsätzlich zu prüfen, ob keine regulären Beschäftigungsmöglichkeiten an dieser Stelle gegeben sind, das Gemeinwohl berücksichtigt, Arbeitsschutzbestimmungen eingehalten und Qualifizierung angeboten wird. Kombilohnmodelle lehnen wir als Instrument der Abwälzung von Lohnkosten durch Arbeitgeber auf die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler generell ab. Wir setzen uns für eine tarifliche Bezahlung dieser Beschäftigungsverhältnisse ein. Stadt und Kreis sind verpflichtet, darauf zu achten, dass Datenschutzbestimmungen durch die Verwaltung und die Job- Com strikt eingehalten werden. Hilfeempfängerinnen und Empfängern ist ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. „Sozialschnüffelei“ werden wir bekämpfen.

Wir unterstreichen die seit langem von der Partei *DIE LINKE* im Kreis Düren geforderte Einführung eines SOZIALTICKETS für Erwerbslose und Geringverdiener und ihre Familien, sowohl für den öffentlichen Personennahverkehr als auch für Büchereien, Kinos, Theater und Ähnliches, um ihnen sowohl das Recht auf Mobilität als auch auf Zugang zum kulturellen Leben zu garantieren.

6. UMWELTPOLITIK

Das Jülicher Land ist wesentlich durch die Produktionsstätten von Braunkohle und die umliegenden Wärmekraftwerke geprägt. Während der Braunkohletagebau Hambach von Rhein Braun in Form des Naherholungsgebietes Sophienhöhe rekultiviert wird, stehen für den 2. regionalen Tagebau Inden 2 Rekultivierungsvarianten in der Planung. Die erste Variante, die eine Wiederherstellung von landwirtschaftlichen Nutzflächen auf dem Gelände des Tagebaues vorsieht, entspricht ursprünglichen Vereinbarungen, die bereits vor Jahrzehnten getroffen wurden. Die Entscheidung des Braunkohleausschusses der Kölner Bezirksregierung,

Wahlprogramm

den Tagebau Inden nach Beendigung der Nutzung zu fluten, beinhaltet für uns zahlreiche nicht beantwortete Fragen zu den Folgen einer solchen Flutung: Wir befürchten hier zahlreiche ökologische Risiken. So wird aus Sicht der Partei **DIE LINKE** nicht ausreichend dargestellt, welche Folgen ein zu erwartender Anstieg des Grundwassers für die angrenzende Region bringen würde. Auch die Frage, welche territorialen Klimaänderungen ein Gewässer von der Größe des bayrischen Tegernsees zur Folge hätte, wird weder durch die Kreisverwaltung noch die Kölner Bezirksregierung zufrieden stellend beantwortet.

DIE LINKE Jülich erwartet eine verbesserte Einbeziehung der Bürgerinnen und Bürger in diesen Entscheidungs- und Realisierungsprozess!

Die für die ursprünglich geplante Wiederauffüllung des Tagebaues Inden vorgesehene Überführung von Abraum, der aus dem Tagebau Hambach durch ein gewaltiges, den Nordkreis regelrecht zerschneidendes Förderband, lehnen wir ab. Die durch den Kohleabbau bereits viel zu hohe Feinstaubbelastung im Jülicher Land würde um Vielfaches ansteigen. Sowohl aus Gründen der Gesundheitsverantwortung der regionalen Politik gegenüber den betroffenen Bürgerinnen und Bürgern als auch aus Gründen der Sicherstellung einer lebenswerten Umwelt für die Menschen der Region halten wir den Transport von Abraum von Hambach nach Inden über eine Rüttelstrecke als absolut unverantwortlich.

Gegenwärtig erfolgt der Rückbau des Kernforschungsreaktors AVR im Jülicher Forschungszentrum. Der demontierte und mit Beton verfüllte Reaktorbehälter soll aber für einen unbestimmten Zeitraum in der unmittelbaren Umgebung von Jülich „zwischengelagert“ werden. Wir hegen große Zweifel daran, dass dieses Reaktorbehälterzwischenlager tatsächlich so sicher ist, wie uns der Betreiber und der Tüv Rheinland einzureden glaubt. Besonders die Tatsache, dass sich Jülich im direkten Einflugbereich des NATO- Flughafens Geilenkirchen mit äußerst regem Flugverkehr befindet, bereitet uns große Sorgen. Aus unserer Sicht birgt eine Katastrophe beim Start oder der Landung eines AWAC- oder Transport- Jets der US Air Force in unmittelbarer Nähe des Reaktorzwischenlagers die unmittelbare Gefahr der Verstrahlung des Jülicher Landes. Wir werden uns im Stadtrat dafür einsetzen, dass die Stadt Jülich darauf hinwirkt, dass dieses „Reaktorzwischenlager“ so schnell als möglich entfernt und der Reaktorbehälter sicherer, soweit das überhaupt möglich ist, entsorgt wird.

Außerdem werden wir verlangen, dass die US- Air Force aufgefordert wird, die beängstigenden und Lärmverursachenden Tiefflüge von AWACS- und schweren Transportflugzeugen über dem Jülicher Stadtgebiet rigoros einzustellen und die ihnen zugewiesenen Flugkorridore – gerade auch in Bezug auf die Flughöhen- künftig strikt einzuhalten. Auch das Ablassen von Kerosin über dem Jülicher Stadtgebiet durch die Flugzeuge der US Air Force muss mit sofortiger Wirkung eingestellt werden!

Es gibt aus unserer Sicht keinen Grund, dass das mitunter völlig rücksichtslose Verhalten der US- Air Force, sowohl die Flughöhe als auch das Ablassen von Treibstoff betreffend, von der Bezirks-, der Landes- und der Bundesregierung weiter toleriert wird.

DIE LINKE wird im Jülicher Stadtrat beantragen, dass Gutachten in Auftrag gegeben werden, die die gesundheitliche Gefährdung sowie die Erhöhung eines Krebsrisikos der Jülicher Bürgerinnen und Bürger durch die von der US Air Force verursachten „Kerosinnebel“ über dem Stadtgebiet untersuchen, auswerten und öffentlich machen.

Wir unterstützen die regionale Erzeugung von regenerativer Energie in der Region und fordern deren konsequente Nutzung. Eine Förderung von privaten Haushalten, die regenerative Energie nutzen wollen gehört genau so zu unseren Vorstellungen über eine umweltverträgliche Politik wie die langfristige Errichtung von „Solardächern“ auf öffentlichen Gebäuden.

Da leider die Vorfälle von Leukämie im Jülicher gebiet deutlich höher ausfallen als statistisch zu erwarten wäre und eine Verbindung zur jahrzehntelangen Betreibung von Forschungsreaktoren im Forschungszentrum nicht ausgeschlossen werden kann, werden wir uns dafür einsetzen, dass eine Kinderkrebsstudie der UNI Mainz um das Gelände des Forschungszentrums Jülich herum durchgeführt wird.

7. Für eine offene Gesellschaft

Wir bekämpfen die neoliberale Politik und ihre Folgen wie zum Beispiel die zunehmende Unsicherheit der Menschen in ihren Lebensverhältnissen, soziale Ausgrenzungen und entwürdigende Kontrollen und Gängelungen, denen erwerbslose Menschen ausgesetzt sind. Diese zustände führen zu Politikverdrossenheit und Verzweiflung. Sie bieten aber auch einen guten Nährboden für die rechte Propaganda der Neofaschisten.

Wir wollen mit den Verliererinnen und Verlierern der neoliberalen „Reformen“ an einer sozialen und demokratischen Perspektive arbeiten. Dem versuch der Neofaschisten, zunehmend soziale Räume zu besetzen und in unserer Region Fuß zu fassen setzen wir **LINKE** unseren entschiedenen Widerstand entgegen:

- Wir wollen die Politikverdrossenheit zurückdrängen und die Menschen, die sich von der Politik abgewandt haben, durch mehr demokratische Beteiligungsmöglichkeiten reaktivieren.
- Wir wollen die Bürgerinnen und Bürger unterstützen und aktivieren, sich gegen rechtsradikale Betätigungen in ihrer Nachbarschaft zu wehren
- Wir treten für eine stärkere Unterstützung antifaschistischer Bündnisse und Initiativen im Jülicher Land ein.

Wie erinnern an den Grundgesetz- Artikel 139, in dem das verbot aller NS- Organisationen und deren Nachfolgeorganisationen festgelegt ist. **DIE LINKE** Altkreis Jülich fordert das strikte Verbot der NPD in der Bundesrepublik Deutschland.

DIE LINKE setzt sich für ein liberales Einwanderungsrecht und eine bewerberfreundliche Verwaltungspraxis ein. Dazu gehören auch eine dezentrale Unterbringung von Asylbewerberinnen und Asylbewerbern sowie deren intensive Betreuung sowie die Förderung von Kontakten zwischen Asylbewerberinnen und Bewerbern und den anderen Bürgerinnen und Bürgern der Stadt Jülich.

Wir fordern für alle ausländischen Bürgerinnen und Bürger das kommunale wahlrecht. Gleiches recht für alle, die in diesem Lande leben!

8. Verkehrspolitik

Verkehrspolitik ist für **DIE LINKE** auch Wirtschafts-, Umwelt- und Sozialpolitik
LINKE Kommunalpolitik setzt sich deshalb für den Ausbau eines für alle Bürgerinnen und

Bürger bezahlbaren Öffentlichen Personennahverkehrs ein.

Es sollen sowohl die Bedürfnisse der Beschäftigten, der Schülerinnen und Schüler, der auszubildenden, der Studentinnen und Studenten, der behinderten Mitbürgerinnen und Mitbürger und der Menschen ohne eigenen PKW berücksichtigt werden und Allen eine Teilhabe am sozialen Leben gewährleistet werden.

Das Radwegenetz in der Stadt sollte weiter ausgebaut werden. Neue Kreisstraßen dagegen sind nicht erforderlich. Wir werden uns auch für strikte Kontrollen in den Dreißigerzonen in unmittelbarer Nähe der Schulen und Kindergärten der Stadt zu den Zeiten, an denen eine besondere Gefährdung unserer Kinder obliegt, einsetzen. Außerdem wollen wir eine Diskussion darüber anregen, wie es gelingen kann, den Schülerinnen und Schülern künftig die Möglichkeit zu bieten, möglichst kostengünstig auch in den Ferien den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen zu können.

Wir wollen mit den Verkehrsunternehmen der Region ein flächendeckendes gutes Angebot des Öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bei angemessenen Preisen erreichen. Durch die Einführung eines von uns seit langem geforderten **Sozialtickets** wollen wir auch den ärmeren Bürgerinnen und Bürgern eine Anbindung an das kommunale Leben ermöglichen.

10. Finanzierung

Die Kommunen müssen so ausgestattet werden, dass sie ihre Aufgaben erfüllen können. Die schwarz-rot-grün-gelbe Steuerpolitik zugunsten der Besserverdienenden und der großen Wirtschaftsunternehmen wie die:

- Abschaffung der Vermögenssteuer
- Senkung des Spitzensteuersatzes
- Senkung der Körperschaftssteuer
- Senkung der Erbschaftssteuer
- Senkung der Gewerbesteuer u.v.m.

hat sowohl die Staatseinnahmen als auch den Einnahmen der Kommunen drastisch verringert. Die Folgen, dass viele Kommunen ihre Leistungen für Bürgerinnen und Bürger, für Schulen und für soziale Einrichtungen drastisch einschränken mussten.

Wie werden nicht hinnehmen, dass für den Ausgleich von Verlusten von Banken und anderen Spekulanten bedingungslos hunderte von Milliarden zur Verfügung gestellt werden, für unsere teilweise maroden Schulen dagegen aber kein Geld mehr da ist!

Der Einbruch des finanzmarktgesteuerten Kapitalismus hat deutlich gezeigt, dass es ein „Weiter so“ für die neoliberale Politik der letzten Jahre nicht geben darf! Deshalb müssen auch in den Kommunen wieder soziale Ausgewogenheit und Vernunft den Vorrang erhalten.

Kriegseinsätze in verschiedensten Teilen der Welt fordern nicht nur menschliche Opfer, sondern verschlingen zudem Unsummen an Steuergeldern. Wir lehnen jegliche Kriegseinsätze deutscher Soldaten rigoros ab!

***DIE LINKE* steht für eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums von oben nach unten!**

Die Steuerlast für die Reichen muss wieder erhöht und die Steuergeschenke an die großen Unternehmen müssen rückgängig gemacht werden. ***DIE LINKE*** wird in Bund und Land massiv dafür eintreten, dass von den Steuereinnahmen ein deutlich größerer Teil den Kommunen zu Gute kommt. Dazu gehört auch eine Verbesserung des Mittelstandes. Allerdings erwarten wir auch von unseren mittelständischen Unternehmen, dass sie soziale sowie und tarif- und mitbestimmungsrechtliche Standards einhalten. Wir werden uns als künftige Ratsfraktion der Stadt Jülich auch einer entsprechenden Überprüfung widmen.

**Eine andere Politik ist nötig,
eine andere Politik ist möglich:**

DIE LINKE.
Stadtverband Jülich

Die Bundesrepublik ist ein sozialer Rechtsstaat, so schreibt es das Grundgesetz vor. Doch zu oft dominieren Interessen des Finanzwesens und der Wirtschaft über soziale Belange der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb werden wir in unserem politischen Handeln auch auf kommunaler Ebene nicht müde werden, den Zusammenhang zum Großen und Ganzen zu thematisieren und darauf hinzuweisen, dass ***DIE LINKE*** die einzige im Bundestag vertretene Partei ist, die die Interessen der Mehrheit der Bevölkerung vertritt, während die anderen „etablierten“ Parteien im Wesentlichen Lobbyarbeit für diese oder jene Kapitalinteressen leistet. Mit lokalen Organisationen dieser Parteien, die sozial gerechte Politik entwickeln und umsetzen wollen, werden wir aber zum Wohle der Sache zusammenarbeiten.

**Wir rufen dazu auf, sich mit uns in der neuen Partei
DIE LINKE zu organisieren und zu engagieren!**

Unsere Spitzenkandidaten:

**Kandidat für das Amt des Bürgermeisters
der Stadt Jülich:**

Siegfried Faust, 53 Jahre, geschieden,
4 Kinder
Beruf: Industriemechaniker, Gewerkschafter
(ver.di)



Kandidat für den Stadtrat der Stadt Jülich:
Manfred Penners, 58 Jahre, verheiratet,
2 Söhne
Beruf QS- Managment, langjähriger
Gewerkschafter (ver.di)



Postfach 11 10
52421 Jülich
Telefon: 0163-76 81 628
E-Mail: info@dielinke-juelich.de
V.i.S.d.P. Siegfried Faust
Sprecher *DIE LINKE* Altkreis Jülich
Redaktionsschluss: 06.07. 2009

**Mehr Informationen zu unseren kommunalpolitischen Initiativen
finden Sie unter: www.dielinke-juelich.de**